

„Es gilt, eine weitere Entfremdung unserer Völker zu verhindern“

Der belarussische Vizeaußenminister Igor Sekreta kritisiert den Umgang Deutschlands mit dem Zweiten Weltkrieg. Der Ausschluss von Diplomaten beschädige Vertrauen und gemeinsame Erinnerung

ÉVA PÉLI



Gemeinsames Gedenken: Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko und Russlands Machthaber Wladimir Putin besuchen ein Denkmal für sowjetische Soldaten.

MIKHAIL KLIMENTYEV/IMAGO

Der Umgang mit dem Gedenken zum Zweiten Weltkrieg wird hierzulande zunehmend zur politischen Streitfrage. Igor Sekreta, stellvertretender Außenminister von Belarus, erhebt im Interview mit der Berliner Zeitung schwere Vorwürfe gegen Deutschland. Es gehe nicht nur um diplomatische Gepflogenheiten, sondern um die Deutung der Geschichte, um Anerkennung von Leid und um die Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus.

Herr Sekreta, belarussische Diplomaten werden in Deutschland zunehmend von offiziellen Gedenkfeiern zur Befreiung vom Faschismus ausgeschlossen. Welche Folgen hat dieser Bruch für unser gemeinsames Verständnis dieses historischen Sieges?

Am 9. Mai wird in unserem Land der Tag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg gefeiert. In jenem Krieg haben wir fast ein Drittel der Bevölkerung verloren – etwa drei Millionen Menschen. Es war ein Völkermord, den Hitler-Deutschland und seine Komplizen gegen unser Volk verübt haben. Hätten unsere Väter und Großväter diesen Krieg nicht überstanden, gäbe es uns heute nicht – die heute lebenden Belarussen.

Die seit mehreren Jahren andauernden Versuche der deutschen Behörden und der Leitungen von Gedenkstätten, belarussische Diplomaten von Gedenkveranstaltungen zur Befreiung vom Faschismus auszuschließen, stoßen bei uns auf tiefes Unverständnis und Empörung. Das ist eine Schande. Uns wird das Niederlegen von Blumen am Denkmal der Befreier, unserer Großväter und Urgroßväter, die im Kampf gegen die braune Pest – den Nationalsozialismus – ihr Leben ließen, verweigert! Doch zugleich sieht man keinerlei Problem darin, Milliarden in die Aufrüstung und die Stationierung von Truppen an unseren Grenzen zu investieren. Wo bleibt da die Reue?

Können Sie das ausführen?

Uns wird gesagt, man strebe danach, eine angebliche politische Instrumentalisierung des Gedenkens zu vermeiden. Doch gerade die deutsche Seite betreibt dies selbst, indem sie das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg künstlich mit der aktuellen Lage verknüpft und die Historie für kurzfristige politische Ambitionen instrumentalisiert.

Diese diskriminierenden Vorgehensweisen sind absolut inakzeptabel. Die Handlungen der deutschen Seite werden in der belarussischen Gesellschaft äußerst schmerzhaft wahrgenommen und richten einen irreparablen Schaden an den jahrzehntelangen gemeinsamen Bemühungen um Versöhnung

zwischen unseren Völkern an. Wir brauchen weder Einladungen noch Genehmigungen, um das Andenken an Millionen unschuldig getöteter Häftlinge deutscher Konzentrationslager – Kinder, alte Menschen und Frauen, an denen inhumane Experimente durchgeführt wurden, die in Öfen verbrannt und mit Gas erstickt wurden – würdig zu ehren. Ebenso gilt dies für diejenigen, die ihr Leben für ihre Befreiung gegeben haben. Wir haben dies schon früher getan und werden es immer tun – unter voller Achtung der Gesetze des Gastlandes.

Welche Fehler begeht Deutschland aktuell?

Der Ansatz der deutschen Behörden ist von Grund auf falsch und gefährlich für die Zukunft von Belarus und vor allem für Deutschland und ganz Europa. Genau das Verschweigen der Erinnerung und die Verfälschung der Geschichte führen zur Verherrlichung des Nationalsozialismus und zu Versuchen, zu den unvorstellbarsten Methoden der Herrschaftsausübung zurückzukehren. Heute sind Initiativen und praktische Schritte, die auf die Wiederherstellung von Vertrauen abzielen, wichtiger denn je. Die Erinnerung an die Tragödie des Zweiten Weltkriegs sollte uns mit den Deutschen verbinden und nicht voneinander trennen, davon bin ich zutiefst überzeugt.

Dass wir mit dieser Meinung nicht allein stehen, zeigen die vielen Anfragen deutscher Bürger an unsere Botschaft in Berlin, in denen diese ihre ehrliche Unterstützung für die belarussische Seite zum Ausdruck brachten. Darüber berichtete übrigens Ihre Zeitung am 19. April vergangenen Jahres. Wir sind allen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland dankbar, die der unbeholfene Versuch von Politikern, unsere gemeinsame Erinnerung zu zerreißen, nicht gleichgültig gelassen hat.

Welches Gewicht hat der Sieg über den Nationalsozialismus für die heutige Politik und die Gesellschaft in Belarus?



JEAN MARC FERRÉ/IMAGO

ZUR PERSON

Igor Sekreta, geboren 1975 in Ljubtscha (Belarus), studierte Sprachen und Internationale Beziehungen in Minsk (mit Auszeichnung). Er ist seit 1998 im diplomatischen Dienst, mit Stationen u. a. in Polen und der Schweiz. 2019–2025 war er Leiter der außenpolitischen Abteilung der Präsidialverwaltung, seit März 2025 ist er stellvertretender Außenminister.

Die Bewahrung des Gedenkens an die heldenhafte Vergangenheit unseres Volkes und aller Völker der ehemaligen Sowjetunion ist für uns eine zentrale Staatsaufgabe. Wir betrachten dieses Erbe als untrennbaren Bestandteil unserer nationalen Idee und als verbindendes Fundament der Gesellschaft. Denn die Grundlage unserer Unabhängigkeit und Souveränität, der Bewahrung der nationalen Idee und des Volkes wurde gerade dann gelegt, als unsere heldenhaften Vorfahren die Pläne zur Schaffung eines „Lebensraums“ für die deutsche Nation und zur Vernichtung des Großteils der belarussischen Bevölkerung nicht verwirklichen ließen.

Die Erinnerung an die Kriegstragödie bildet die Basis für unsere friedensorientierte Außenpolitik sowie eine konstruktive Innenpolitik, die auf die evolutionäre Entwicklung des Staates ausgerichtet ist. In der aktualisierten Verfassung heißt es ausdrücklich: „Der Staat gewährleistet die Bewahrung der historischen Wahrheit und der Erinnerung an die Heldentaten des belarussischen Volkes.“ Das Gedenken sowie Patriotismus sind Pflicht jedes Bürgers.

Selbst in den baltischen Staaten und in der Ukraine, wo die herrschenden Kreise alles in ihrer Macht Stehende tun, um „sowjetische“ Narrative zu liquidieren, und wo Soldatengräber sowie Denkmäler für Helden zynisch vernichtet werden – selbst dort bewahren Millionen Menschen die Erinnerung an den Krieg und an die Heldentat derer, die die Welt vor dem Faschismus gerettet haben. Schließlich hat ein beträchtlicher Teil der Litauer, Letten, Esten und Ukrainer im Jahr 1941 die Ideen des Nationalsozialismus nicht unterstützt. Sehr viele Vertreter dieser Nationalitäten bekämpften den Faschismus an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges sowie im Hinterland und unterstützten die Partisanenbewegung und den Untergrund. Dennoch stützt sich die heutige staatliche Ideologie dort zunehmend auf Nachkommen von SS-Veteranen,

die ihre Vorfahren als „Befreier vom Kommunismus“ verklären.

Die deutsche Erinnerungskultur nimmt die sowjetischen Opfer oft als „einheitlichen Block“ wahr. Welche spezifischen Aspekte – wie das Schicksal der tausenden zerstörten Dörfer – kommen in dieser Sichtweise zu kurz?

Wir unterscheiden Helden und Opfer nicht nach Nationalität; der Sieg wurde gemeinsam von allen Völkern der UdSSR und der Anti-Hitler-Koalition errungen. Dennoch bleiben die spezifischen Entbehrungen des belarussischen Volkes unvergessen.

Die Nazis und ihre Komplizen verfolgten auf unserem Gebiet eine gezielte Vernichtungspolitik gegen die Zivilbevölkerung: Massenmorde, Strafaktionen und medizinische Experimente an Frauen und Kindern. Hunderttausende junge Menschen wurden zur Sklavenarbeit verschleppt, darunter die 15-jährige Schwester meiner Großmutter, die nur durch ein Wunder überlebte. Kulturgüter wurden systematisch geplündert und abtransportiert.

Die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik litt wie kaum ein anderes Gebiet der Sowjetunion unter der Besatzung.

Auf besetztem Gebiet gab es 578 Todeslager und mehr als 70 Ghettos. Allein im Vernichtungslager Trostinez wurden mehr als eine halbe Million Menschen ermordet, darunter viele aus Deutschland, Österreich und Tschechien deportierte Juden. Mehr als 800.000 belarussische Juden fielen dem Holocaust zum Opfer. Bürger verschiedener Nationalitäten retteten unter Lebensgefahr Juden vor dem sicheren Tod – mehr als 700 von ihnen wurden für diesen Mut als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Aktualisierte Daten zeigen: Fast 13.000 Ortschaften wurden ganz oder teilweise niedergebrannt. Mindestens 290 Dörfer wurden mitsamt der dort lebenden Menschen vernichtet und nie wieder aufgebaut – Chatyn bei Minsk ist das Symbol für dieses

Schicksal. Auf dem Gelände des niedergebrannten Dorfes wurde ein einzigartiger Gedenkkomplex errichtet, den jeder Deutsche unbedingt besuchen sollte.

Weitere Orte des Grauens sind Krasnyj Bereg, wo Kindern Blut für deutsche Soldaten entnommen wurde, oder Osaritschi, wo in nur zehn Tagen 20.000 Menschen in einem Sumpfgebiet an Typhus und Erschöpfung starben. Experten schätzen: Ohne den Krieg und die Besatzung würden heute in Belarus 18 statt 9 Millionen Menschen leben. Man muss sich diese Dimensionen vor Augen führen. Wir sind jenen Deutschen dankbar, die gemeinsam mit uns das Gedenken bewahren. Nur so können wir Versuchen der Revision und dem Verschwinden dieser Geschichte entgegenreten.

noch lange nicht abgeschlossen. Wir beobachten mit Sorge, wie in westlichen Ländern, auch in Deutschland, ein historischer Revanchismus erstarkt. Das Gedenken an die Opfer darf nicht zur Geisel der aktuellen politischen Konjunktur werden. Das macht unsere Untersuchung über das Juristische hinaus zu einem zivilisatorischen Projekt zur Bewahrung der Wahrheit.

In deutschen Schulen wird der Krieg oft abstrakt gelehrt, in Belarus ist er identitätsstiftend. Riskieren wir, dass die junge Generation in Ost und West aufgrund dieser unterschiedlichen Perspektiven keine gemeinsame Sprache mehr findet?

Es hängt von uns ab, ob künftige Generationen in Eintracht leben oder sich entfrem-

Schutzschild“ für die heutige Politik zu nutzen. Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen ehrendem Gedenken und politischer Instrumentalisierung?

Lassen wir diese Vorwürfe auf dem Gewissen ihrer Urheber. Sich an die eigene Vergangenheit, an die eigenen Helden und an das zu erinnern, was sie für das belarussische und andere Völker geleistet haben, bedeutet nicht, die Geschichte zu politisieren oder zu instrumentalisieren. Viel gefährlicher ist es, die Geschichte zu vergessen oder zu versuchen, sie neu zu schreiben, um konjunkturellen Bestrebungen zu entsprechen.

Wir setzen uns konsequent für die Wahrung der historischen Wahrheit ein. Wir wenden uns gegen Versuche, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs neu zu interpretieren –

Schlussfolgerungen zu ziehen und die aktuelle Lage realistisch einzuschätzen, fahren trotzdem hin.

Wir erleben eine „kommunikative Eiszeit“. Warum weiß die deutsche Öffentlichkeit heute weniger über Belarus als während des Kalten Krieges?

Sie haben recht. Abgesehen von Besuchern unseres Landes wissen die Deutschen kaum etwas über die reale Lage bei uns. In deutschen Medien dominieren Schablonen und voreingenommene Einschätzungen von „Experten“, die das Land kaum kennen oder längst verlassen haben. Es entsteht der Eindruck, dass solche Unwahrheiten bewusst genutzt werden, um ein negatives Feindbild zu kultivieren. Überlegen Sie mal – wozu?

Wann kam in deutschen Leitmedien zuletzt ein offizieller Vertreter von Belarus zu Wort? In den vergangenen Jahren war das praktisch nie der Fall. Dabei sind wir offen für den Dialog. Wir hoffen, dass andere Medien dem Beispiel der Berliner Zeitung folgen und den Mut aufbringen, die Wahrheit über Belarus zu zeigen – diese Terra incognita im Herzen Europas.

Gibt es denn gar keine, zumindest zivilgesellschaftlichen, Verbindungen mehr zwischen Deutschland und Belarus?

Trotz der restriktiven EU-Sanktionspolitik bleiben direkte Kontakte zwischen den Menschen eine tragfähige Basis. Aktivisten in beiden Ländern halten Verbindungen in der Städtepartnerschaftsbewegung und im humanitären Bereich lebendig. Mehr als 20 deutsch-belarussische Städtepaare sind weiterhin verbunden. Wir vergessen nicht, dass tausende Deutsche an den Hilfsmaßnahmen nach Tschernobyl beteiligt waren. Diese menschlichen Bindungen bestehen fort und ein konstruktiver Dialog liegt im ureigenen Interesse unserer Völker.

Wir nutzen alle Mittel, um die deutsche Öffentlichkeit sowie alternative Medien direkt zu erreichen. Ich bin überzeugt: In den europäischen Hauptstädten werden Vernunft und gute Nachbarschaft letztlich die Oberhand gewinnen.

Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands: Welche diplomatischen Initiativen erwarten Sie von Berlin, um die aktuelle Isolation und Blockade zu überwinden?

Seien wir ehrlich: Belarus litt während des Großen Vaterländischen Krieges am stärksten unter der nationalsozialistischen Besatzung und musste lange auf eine offizielle Entschuldigung Deutschlands warten. Von großer Bedeutung war der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Minsk 2018 zur Eröffnung der Gedenkstätte Trostinez. Wir haben diesen historischen Schritt gewürdigt; ich war an der Vorbereitung beteiligt und habe Teilnehmer begleitet.

Aber das ist Symbolik. Notwendig sind konkrete Maßnahmen, die diese historische Verantwortung – wenn schon nicht die Verantwortung selbst, dann zumindest die Erinnerung daran – bestätigen. Und die historische Schuld gegenüber dem belarussischen Volk macht deutlich, dass gerade Deutschland sich stärker dafür einsetzen muss, die Beziehungen wieder auf einen normalen Kurs zu bringen! Nur gemeinsam können wir einen Ausweg aus der Sackgasse finden, in die die belarussisch-deutschen Beziehungen durch die Sanktionspolitik geraten sind. Es gilt, eine weitere Entfremdung unserer Völker zu verhindern. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs machen es zwingend, alles zu tun, damit künftige Generationen keine neue Konfrontation erleben müssen. Wir wünschen uns, dass die deutsche Diplomatie eine konsolidierende statt einer konfrontativen Rolle bei der Wiederherstellung der Beziehungen spielt und dies nicht anderen Ländern überlässt. Bislang ist davon jedoch überhaupt nichts zu sehen.

Belarus ist offen für die Wiederaufnahme eines respektvollen Dialogs mit Deutschland, um die problematischen Knotenpunkte in den bilateralen Beziehungen und mit der Europäischen Union anzugehen. Die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Belarus legt Berlin besondere Verpflichtungen auf.

Zur Erinnerung: Am 3. Oktober 2025 gratulierte der Präsident der Republik Belarus, Alexander Lukaschenko, dem deutschen Volk zum Tag der Deutschen Einheit mit den Worten: „Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 war ein Schlüsselereignis der modernen europäischen Geschichte. Trotz der tragischen Folgen des Zweiten Weltkriegs fanden Belarussen und Deutsche Wege zur Versöhnung. Diese Erfahrung ist heute von Bedeutung; ihre Ergebnisse sollten bewahrt werden. Es ist notwendig, weise Schritte aufeinander zuzugehen. Wir schlagen vor, Barrieren abzubauen, um die Beziehungen wiederherzustellen. Das wird nicht einfach sein, entspricht aber den wahren Interessen unserer Völker.“ Nehmen wir diese Worte ernst.



Nationalsozialistische Verbrechen: Gedenkstätte für die im Zweiten Weltkrieg vernichteten belarussischen Dörfer auf dem Gebiet des ausgelöschten Dorfes Chatyn

IMAGO

Belarus ermittelt derzeit intensiv wegen des Völkermords am belarussischen Volk. Was erhofft sich Minsk von dieser juristischen Aufarbeitung und wie bewerten Sie die Kooperation mit der deutschen Justiz?

Für uns verjähren die Verbrechen der Nationalsozialisten niemals; sie sind auch durch die Nürnberger Urteile nicht abgeschlossen. Selbst über 80 Jahre nach Kriegsende haben wir kein vollständiges Bild und kennen viele Namen der Opfer und Täter noch nicht. Deshalb ermittelt unsere Generalstaatsanwaltschaft seit fünf Jahren intensiv in einem Strafverfahren wegen Völkermords. Dabei wurden neue Zeugenaussagen gesammelt sowie bisher unbekannte Massengräber und vernichtete Dörfer entdeckt.

Mit den Gesetzen „Über die Verhinderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus“ (2021) und „Über den Völkermord am belarussischen Volk“ (2022) haben wir die rechtliche Basis geschaffen, um das Ausmaß der Vernichtung der Zivilbevölkerung erstmals in diesem Umfang zu untersuchen. Die Fakten zeigen: Die Zerstörung war weit aus größer, als es in der Sowjetzeit dargestellt wurde.

Könnten Sie das präzisieren?

Bislang wurden sechs Urteile erlassen und fast 140 Rechtshilfeersuchen an 33 Staaten übermittelt. Leider verweigern viele Länder die Kooperation unter Hinweis auf politische Hindernisse. Dass Nazi-Kollaborateure heute teils sogar in ausländischen Parlamenten geehrt werden – wie der Fall des ukrainischen SS-Veteranen Jaroslaw Hunko zeigt, dem 2023 im kanadischen Unterhaus unter Anwesenheit von Wolodymyr Selenskyj stehende Ovationen zuteilwurden –, ist ein erschreckendes Signal. Solche Vorfälle sind ein Affront gegen die Opfer des Faschismus.

Im Rahmen der Ermittlungen arbeiten wir punktuell mit deutschen Kollegen zusammen und sind für übermittelte Informationen dankbar. Dennoch ist unsere Arbeit

den. Das Rezept für Verständigung ist einfach: Wir müssen aufhören, willkürliche Grenzen hochzuziehen und Kontakte zwischen jungen Menschen künstlich zu unterbinden. Die aktuelle Politik der Sanktionen und Beschränkungen ist das Gegenteil von dem, was eine gemeinsame Zukunft braucht.

Während Europa an seinen Ostgrenzen einen neuen „Eisernen Vorhang“ errichtet, geht Belarus den entgegengesetzten Weg. Unser Land hat die Visumbefreiung für Bürger aus 38 europäischen Staaten, darunter Deutschland, eingeführt. Deutsche können heute visumfrei zu uns reisen – egal ob mit dem Auto, dem Bus oder dem Flugzeug über Drittländer, da der direkte Flugverkehr durch EU-Sanktionen blockiert ist.

Ganz so einfach gestalten sich die Beziehungen aber auch nicht.

Seitens Berlins und Brüssels erfahren wir keinerlei Gegenseitigkeit. Im Gegenteil: Unseren Bürgern wird die Einreise in die EU systematisch erschwert. Wer heute in Minsk ein Visum für Deutschland beantragt, blickt in eine bürokratische Sackgasse. Die Wartezeiten bei der Botschaft betragen derzeit über ein Jahr.

Entfremdung entsteht immer dann, wenn Geschichte entgegen den Fakten politisch interpretiert wird. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Konferenz „Fremde Erinnerung – unsere eigene Verantwortung. Sowjetische Denkmäler und deutsche Erinnerungskultur“ Ende März im Museum Berlin-Karlshorst. Dort diskutierten Experten hinter verschlossenen Türen über die „Reinterpretation“ sowjetischer Kriegdenkmäler. Vertreter aus Belarus und Russland wurden unter dem Vorwand der „Vertraulichkeit“ ausgeschlossen. Wenn man über unsere Denkmäler spricht, ohne mit uns zu reden, stärkt das gewiss nicht das gegenseitige Vertrauen.

Kritiker werfen der Regierung in Minsk vor, die Geschichte von 1945 als „moralischen

„Wir wünschen uns, dass die deutsche Diplomatie eine konsolidierende statt einer konfrontativen Rolle bei der Wiederherstellung der Beziehungen spielt und dies nicht anderen Ländern überlässt.“

zugunsten der Besiegten. Wir weisen das Bestreben von Pseudohistorikern und politischen Akteuren entschieden zurück, Opfer und Henker, Befreier und Aggressoren gleichzusetzen. Wo liegt hier die Politisierung?

Wie würden Sie den aktuellen Stand der deutsch-belarussischen Beziehungen insgesamt beschreiben?

Die belarussisch-deutschen Beziehungen befinden sich auf einem nie dagewesenen Tiefpunkt. Der politische Dialog ist auf Initiative der deutschen Seite eingefroren; Geschäftsbeziehungen sind durch Sanktionen bedroht. Deutschland hat zudem alle Kontakte in Bildung, Wissenschaft, Kultur und weiteren politikernen Bereichen eingestellt.

Diese Situation ist nicht unsere Entscheidung. Sie ist das Ergebnis einseitiger, destruktiver Schritte Berlins und Brüssels – ein bewusster Konfrontationskurs, verbunden mit dem Versuch, uns zweifelhaft Werte aufzuzwingen und sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen.

Heute stehen wir vor den Ruinen dessen, was über Jahrzehnte von Diplomaten, Geschäftsleuten und gesellschaftlichen Organisationen aufgebaut wurde. Die von Berlin ausgehende Zusammenarbeit ist stark begrenzt; sie entspricht weder dem Potenzial beider Staaten noch den Interessen ihrer Bürger.

Die Weigerung Brüssels und Berlins, den Dialog mit Minsk aufzunehmen, bringt sie ihren Zielen nicht näher. Im Gegenteil: Mit jedem Jahr wächst der Schaden, und unsere Länder sowie Völker entfernen sich unweigerlich voneinander.

Ein aktuelles Beispiel: Die deutsche diplomatische Vertretung in Minsk empfiehlt ihren Staatsangehörigen auf ihrer Website nun ausdrücklich, von Reisen nach Belarus abzusehen. In solchen Fällen erübrigt sich jeder Kommentar. Aber diejenigen, die sich daran gewöhnt haben, selbst